

Präsident VPOD Luzern

Neue Projekte & mehr Mitwirkung

Knapp zehn Monate sind vergangen, seit sich der Vorstand des VPOD Luzern neu konstituierte. Wir haben seither eine zweitägige Retraite im Juli beim «Bauer Fritz» in Rickenbach dazu genutzt, gemeinsam Stärken und Schwächen des VPOD zu definieren und daraus eine Strategie für die nächsten drei Jahre abzuleiten. Übergeordnetes Ziel ist das Mitgliederwachstum. Dieses Wachstum verstehen wir aber in keiner Weise rein quantitativ, wir wollen ein qualitatives Wachstum. Was soll das heissen? Wir wollen zum einen mehr Mitglieder im VPOD, diese Mitglieder sollen sich aber auch stärker mit unserem Verband identifizieren, sich vermehrt gewerkschaftlich engagieren und den VPOD in der Öffentlichkeit stärker wahrnehmen. Wie wollen wir das erreichen?

Zum einen möchten wir unsere Kommunikation gegen aussen und innen verbessern, zum anderen soll die Vorstandsarbeit verstärkt über Themen und Projekte organisiert werden. Über öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die von uns im Frühling lancierte «Petition für einen fairen Personalkompromiss» oder die Kundgebungen gegen das grösste Abbaupaket der Geschichte Luzerns platzieren wir den VPOD in Zukunft prominenter in den Medien. Wir wollen aber auch die Kommunikation zu den Mitgliedern verbessern. Als erstes wollen wir mit unseren Mitgliedern in Kontakt treten, um uns ein Bild über die Bedürfnisse und Ideen machen zu können. Geplant sind darüber hinaus Diskussionsrunden, Mitgliederversammlungen oder Workshops zu einzelnen Themen. Wir wollen damit eine offene Diskussion über die Inhalte und Positionen des VPOD fördern und die Partizipationsmöglichkeiten für die Mitglieder erhöhen.

An unserer Retraite haben wir zudem erkannt, dass die Thematik der Gesundheitsförderung und der Arbeitsplatzgestaltung ein Feld bietet, in dem konkrete Vorschläge zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen beim Personal gemacht werden können. Damit positionieren wir den VPOD als kompetenten und progressiven Verband, der sich aktiv in die Diskussion um den Arbeitsplatz der Zukunft einbringt. Die Arbeit des Vorstands soll in Zukunft stärker über Projekte und nicht über Ressorts organisiert werden. Die einzelnen Vorstandsmitglieder übernehmen die strategische Verantwortung für ein Themengebiet, definieren konkrete Ziele, erstellen ein Konzept und einen Fahrplan zur Realisierung. Die operative Umsetzung erfolgt dann in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle und in Absprache mit dem Gesamtvorstand.

Für das kommende Jahr wollen wir uns auf Themen in den Branchen *Bildung, Verwaltung, Gesundheit* und *Kinderbetreuung* konzentrieren und mit der *Mitgliederbetreuung* und der *Gesundheitsförderung* zwei übergeordnete Projekte aufgleisen.

An der GV im kommenden Frühling werden wir über den Stand der Projekte informieren und bei der nächsten Retraite im Sommer 2017 eine Beurteilung und Justierung unserer Strategie und der einzelnen Schwerpunkte vornehmen.

Urban Sager

Abstimmungen

Musikschule für alle

Der Kantonsrat hat in der Dezembersession entschieden, dass der Kantonsbeitrag für die Musikschulen der Gemeinden halbiert werden soll. Gemeindevertreterinnen und -vertreter haben bereits angedroht, dass sie den dadurch entstehenden Fehlbetrag 1:1 auf die Eltern abwälzen werden. Gerade für junge Familien, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, würde das bedeuten, dass der Musikunterricht der Kinder zu einem Luxusgut wird.

Der Instrumentalunterricht darf im Musikkanton Luzern nicht zu einer Frage des Portemonnaies werden. Gleichzeitig gefährdet die Halbierung der Kantonsbeiträge zahlreiche Arbeitsplätze an den Musikschulen. Es kann und darf nicht sein, dass schon wieder bei den Musikschullehrpersonen gespart wird. Schon heute leisten sie tagtäglich Toparbeit, trotz oft prekären Anstellungsbedingungen und einem für ihre Ausbildung viel zu tiefen Lohn.

Darum hat der VPOD gemeinsam mit dem Luzerner Gewerkschaftsbund und befreundeten Organisationen der Luzerner Allianz für Lebens-



qualität das Referendum gegen diese Abbaumassnahme lanciert. Wer sich im Abstimmungskampf für die Musikschulen im Kanton Luzern einsetzen will, meldet sich bitte bei uns auf dem Sekretariat.

Martin Wyss

Aufgrund der kurzen Referendumsfrist bitten wir euch, die unterschriebenen Referendumsbogen sofort, bis spätestens 8. Februar, der Luzerner Allianz für Lebensqualität zurückzuschicken.

Abstimmungen

Stoppt das Steuerdebakel, jetzt!

Wir erinnern uns: 2011 sagte der Bund bei der Unternehmenssteuerreform II (USR II) Steuerausfälle von 850 Millionen Franken voraus. Geworden sind es mehrere Milliarden. Bei der am 12. Februar zur Abstimmung vorliegenden USR III sind bereits heute mehr als 3 Milliarden Minus prognostiziert. Niemand weiss, wie hoch die effektiven Ausfälle diesmal werden. Klar ist hingegen: Die USR III und die damit verbundenen Abbaupakete bekommen wir alle zu spüren.

Wohin das Steuerdumping führt, hat sich im Kanton Luzern gezeigt. Das Staatspersonal und die Lehrpersonen müssen künftig 1,25 Stunden bzw. eine Lektion pro Woche unbezahlt länger arbeiten. De facto bedeutet das Lohnkürzungen von rund 3,5% und die Streichung von über hundert Stellen. Ausserdem mussten im vergangenen Herbst sämtliche Kantons-, Mittel- und Berufsschulen eine Woche lang geschlossen werden, weil sich der Kanton aufgrund der zahlreichen Steuergeschenke an Wohlhabende und Unternehmen den regulären Unterricht nicht mehr leisten kann.

Die massiven Steuerausfälle bei einer Annahme der USR III werden unweigerlich zu weiteren Ausfällen in den Kantonen führen. Dies würde einen weiteren Abbau im Gesundheitswesen, bei der Bildung, der Infrastruktur, der Verwaltung und der Forschung bedeuten. Nicht zuletzt werden auch einmal mehr die Privatpersonen mit weiteren Steuererhöhungen für die Ausfälle geradestehen müssen.

Doch Moment mal ... Steuererhöhung ... Da war doch noch was. Ach ja! Die bürgerliche Regierung und eine Mehrheit im Luzerner Kantonsrat wollen, dass die Arbeitnehmenden neben massiven Lohnkürzungen auch noch mit einer Steuererhöhung für das Finanzdesaster bezahlen. Stetig steigende Arbeitsbelastung, sinkende Wertschätzung für die geleistete Arbeit, weniger Lohn und jetzt auch noch die Auswirkungen der überrissenen Steuergeschenke bezahlen?

Genau dieselben PolitikerInnen und Parteien, die für das Debakel in Luzern verantwortlich sind, wollen uns jetzt weismachen, dieser Teufelskreis des Steuerwettbewerbs führe uns ins neoliberale Paradies. In der Tat zerstört diese bürgerliche Steuerpolitik aber den Service public und gefährdet unsere Arbeitsplätze. Deshalb kämpft der VPOD nicht nur gegen die Unternehmenssteuerreform III, sondern fordert konsequent eine grundsätzliche Neuausrichtung der Steuerpolitik. Alle, auch die Wohlhabenden und die Unternehmen, müssen endlich wieder einen angemessenen Beitrag leisten.

An der Mitgliederversammlung vom 13. März besprechen wir gemeinsam, was die Auswirkungen einer allfälligen Steuererhöhung in Luzern sein könnten und welche Position wir als Gewerkschaft im Abstimmungskampf einnehmen werden. Alle Mitglieder des VPOD Luzern sowie interessierte Personen sind herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf eine angelegte Diskussion.

Martin Wyss

Mitgliederversammlung VPOD Luzern

**13. März 2017
 19.00 bis 20.00 Uhr
 Treibhaus Luzern
 Spelteriniweg 4, Luzern**



Abstimmungen

Der Service public wieder im Mittelpunkt

Der Kanton Luzern besteht aus mehr als nur tiefen Steuern und grossen Finanzlöchern. Darum will sich ein Zusammenschluss des VPOD mit anderen Gewerkschaften, Umwelt- und Berufsverbänden, Organisationen im Sozialbereich und Parteien nicht länger nur auf Protestaktionen beschränken.

Die Luzerner Allianz für Lebensqualität will die Debatte auf den Kopf stellen: Nicht die Finanzen, sondern das alltägliche Leben der Bevölkerung muss im Mittelpunkt stehen. Gemeinsam verweigern wir uns der bürgerlichen Buchhaltermentalität, die Leistungen aus rein finanzpolitischer Sicht abbaut. Im Gegenteil: Mit drei Initiativen wollen wir über den Service public und die darauf angewiesenen Menschen sprechen. Statt sich bei Spar- und Abbaupaketen auseinanderdividieren zu lassen, engagiert sich so das Pflegepersonal für eine starke Bildung, Lehrpersonen für einen gut ausgebauten ÖV und umgekehrt. Gemeinsam sagen wir Ja zu einem starken Service public im Kanton Luzern:

- Ja zu einer regional verankerten, qualitativ hoch stehenden Bildung im ganzen Kanton. Ohne Schulgebühren und Zwangsferien, dafür mit guten Rahmenbedingungen für Lernende und Lehrpersonen.
- Ja zum Erhalt der Spitalstandorte und demokratischer Mitsprache im Gesundheitswesen. Dank genügend ausgebildetem Fachpersonal bleibt die Versorgungsqualität hoch.
- Ja zum geplanten ÖV-Ausbau und modernen Infrastrukturen. Nur so können die steigenden Passagierzahlen bewältigt werden.

Mit unseren Initiativen haben wir drei wichtige Pflöcke eingeschlagen, damit endlich wieder über Leistungen statt nur über die Excel-Tabellen des Finanzdirektors diskutiert wird. Wir bleiben dran und bereiten uns schon jetzt auf einen heissen Abstimmungskampf vor.

Marcel Budmiger

Agenda

Dienstag, 7. Februar 2017, 19.00 Uhr
 Kita-Stammtisch
 Restaurant Jazzkantine, Luzern

Mittwoch, 8. Februar 2017, 18.00 Uhr
 Arbeitsgruppe Lehrpersonen
 Restaurant Meyer, Luzern

Dienstag, 7. März 2017, 19.00 Uhr
 Kita-Stammtisch
 Restaurant Jazzkantine, Luzern

Montag, 13. März 2017, 19.00 Uhr
 Mitgliederversammlung VPOD Luzern
 Treibhaus, Luzern

Dienstag, 4. April 2017, 19.00 Uhr
 Kita-Stammtisch
 Restaurant Jazzkantine Luzern

Donnerstag, 6. April 2017
 GV VPOD Luzern
 (Ort und Zeit folgen)

Pensioniertenstamm

Dienstag, 7. März 2017, 15.00 Uhr
Dienstag, 6. Juni 2017, 15.00 Uhr
Dienstag, 5. September 2017, 15.00 Uhr
Dienstag, 5. Dezember 2017, 15.00 Uhr

jeweils im Restaurant Unterlachenhof, Luzern

Weiterbildungen

16. März 2017, 13.30 - 17.00 Uhr
 Mitarbeitendengespräche, wie vorbereiten

14. März 2017, 09.30 - 17.00 Uhr
 Altersvorsorge, 1. & 2. Säule

20. März 2017, 19.00 - 21.30 Uhr
 Arbeitsrecht & Arbeitsvertrag in Kitas

Für VPOD-Mitglieder sind alle Kurse, inkl. Verpflegung und allenfalls Übernachtung, unentgeltlich. Informationen über weitere Veranstaltungen und Kurse lassen sich abrufen unter: www.vpod.ch

Gesundheitsschutz

Open Space oder Grossraumbüro

Mit dem neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz steht dem Kanton Luzern ein weiteres Grossprojekt bevor. Unter einem Dach sollen 29 Organisationseinheiten vereint werden und 1100 Mitarbeitende einen neuen Arbeitsort finden. Dass die Regierung dies zum Anlass nimmt, die Arbeitsplatz- und Büroorganisation zu überdenken und gegebenenfalls auf neue Ansprüche anzupassen, ist aus gewerkschaftlicher Sicht sehr zu begrüssen. Auch dass neben der Umgestaltung der Arbeitsräumlichkeiten erweiterte Angebote wie Kinderbetreuung und Fitnesscenter berücksichtigt werden sollen, wird vom VPOD positiv zur Kenntnis genommen. Gleichwohl birgt diese Optimierungschance auch etliche Risiken.

Zu den häufigsten Problemen in Grossraumbüros gehören gemäss einer Broschüre des SECO «mangelnde Privatsphäre, wenig persönliche Einflussnahme auf die Umgebung, Ablenkun-

gen und Störungen». Ausserdem wurde in wissenschaftlichen Studien eine Zunahme negativer gesundheitlicher Symptome und steigende krankheitsbedingte Absenztage bei in Grossraumbüros arbeitenden Personen festgestellt.

Seit 2013 werden beim Bund alle neu- und umgebauten Gebäude nach solchen Multi- oder Open-Space-Konzepten erstellt. Der VPOD Bern hat das Personal nach den Erfahrungen gefragt und ist auf ambivalente Antworten gestossen. Einerseits schätzen die Angestellten den einfachen Zugang zu den KollegInnen, was die Arbeit in Teams erheblich erleichtert. Es wurde aber auch die Wichtigkeit betont, die Mitarbeitenden gut und früh in den Planungsprozess einzubeziehen. So kann verhindert werden, dass finanzielle Überlegungen zwar zu kurzfristigen Einsparungen führen, jedoch mittelfristig zu steigenden Kosten durch mehr Krankheitsausfälle und steigende Stressbelastung. Der VPOD Luzern hat hierzu eine Stellungnahme veröffentlicht und wird sich dafür einsetzen, dass die Einführung der neuen Hardware «Open Space» auch mit der notwendigen Software «Change-Management» unterstützt wird.

Martin Wyss

GAV Kinderbetreuung

Wir fordern einen Mindestlohn für das Kita-Personal

Im vergangenen Jahr hat der VPOD Luzern eine Umfrage beim Luzerner Kita-Personal durchgeführt. Die Ergebnisse weisen auf verheerende Missstände hin. Lediglich 22 % des befragten Personals bestätigen, dass die Betreuung der Kinder in ihren Kitas den gesetzlichen Mindestbestimmungen entspricht. Die Bandbreite der Verstösse geht von der Nichteinhaltung der pädagogischen Konzepte und Hygienevorschriften bis hin zum Führen von Schattenbuchhaltungen über die Kita-Belegung, um nicht in die Fänge der leider viel zu selten auftauchenden Kontrollinstanzen zu gelangen.

Besonders bedenklich ist, dass sich rund die Hälfte der Befragten in ihrer Arbeit von den Vorgesetzten nicht wertgeschätzt fühlt, was sich in einem schlechten Arbeitsklima und einer teilweise miserablen Zusammenarbeit im Team ausdrückt. So ist jede und jeder fünfte Kita-Mitarbeitende mit der geleisteten Betreuungsqualität unzufrieden, und jede und jeder vierte wünscht sich anständigere Umgangsformen in den Kitas.

Unanständig sind auch die Löhne, für die das Kita-Personal tagtäglich professionelle Erziehungs- und Betreuungsarbeit für unsere Kinder leistet. So verdient in Luzern eine Fachperson Betreuung Kind (FaBeK) für eine Vollzeitstellung mit sieben Jahren Berufserfahrung gerade mal den vom ArbeitgeberInnenverband kibesuisse empfohlenen Mindestlohn von 4000 Franken. Darin nicht eingerechnet sind die zahlreichen unentgeltlichen Überstunden, die geleistet werden, weil das Kita-Personal oftmals keine Vor- und Nachbereitungszeit für Elterngespräche, Ausflüge und Teamsitzungen erhält.

Erfreulich hingegen ist, dass 95 % der Befragten einen vom VPOD ausgehandelten GAV fordern. Die Stadt Luzern hat bereits erste Signale in Richtung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kitas gesendet. Wir bleiben weiter dran und fordern einen fairen Mindestlohn, bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten, schärfere Kontrollen und einheitliche Regeln und Standards für alle Kitas.

Martin Wyss

Altersvorsorge

Das Gedächtnis der 2. Säule

Wir arbeiten Teilzeit, weil wir eine Weiterbildung machen, weil wir Kinder betreuen oder weil unsere 42, 43 oder 44 Wochenarbeitsstunden neben dem Rest des Lebens einfach zu viel sind. Die Gründe für Teilzeitarbeit sind vielfältig. Die Statistik zeigt jedoch ein klares Muster: Teilzeitarbeit ist ein typisches Merkmal weiblicher Erwerbsarbeit. Sie scheint die ideale individuelle Lösung zu sein, um Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit zu vereinbaren. Und in kaum einem europäischen Land ist Teilzeitarbeit so weit verbreitet wie in der Schweiz – ein Trendmodell seit den 90er-Jahren.

Weil uns Teilzeitarbeit im Hier und Jetzt hilft, unsere Interessen und Aufgaben zu vereinbaren, denken wir selten an später. Eine neue Studie zeigt nun die Effekte auf, die Teilzeitarbeit auf unsere Altersvorsorge hat. Aus dieser Studie wird ersichtlich, dass sich das System nur zu gut an Beitragslücken erinnert, die z. B. mit einem niedrigen Teilzeitlehn entstehen. Aber auch bei einem hohen Teilzeiteinkommen sind wir erst mit einem Pensum von 60 Prozent davor geschützt, im Alter unter das Existenzminimum zu fallen. Eine Partnerschaft oder Ehe mildert zwar das Risiko finanzieller Armut im Alter, jedoch wirkt sich gerade eine Scheidung massiv negativ auf die Altersleistungen der teilzeitarbeitenden Personen aus. Es lohnt sich also, sich bereits in frühen Erwerbsjahren über die Auswirkung der Teilzeitarbeit auf die eigene Altersvorsorge zu informieren. Wer lebenslang durchschnittlich 70 Prozent erwerbstätig ist, geht die geringsten finanziellen Risiken ein, selbst im Fall einer Scheidung.

redigiert von Martin Wyss

Quelle der erwähnten Studie:

IDHEAP, Bonoli/Crettaz 2016: Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die Altersvorsorge – im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (www.equality.ch).

Spitalversorgung

Kooperation statt Konkurrenz!

Um die klammen Kantonsfinanzen einigermaßen im Griff zu halten, hat der Kanton Luzern in den vergangenen Jahren einen immer grösseren Teil des Gewinns aus dem Kantonsspital abgezogen. Diese Gewinne fehlen nun dem Luks, um Rückstellungen für die dringend benötigte Erneuerung der Infrastruktur zu bilden. Doch für diese falsche Politik den vermeintlichen Rollenkonflikt des Kantons als Auftraggeber und Kontrollinstanz schuldig zu machen und darum die Privatisierung des Spitals zu fordern, entbehrt jeglicher Logik.

Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung ist ein verfassungsmässiger Auftrag des Staates. Darum ist es zwingend notwendig, dass der Staat sowohl die geforderten Leistungen in Auftrag gibt und gleichzeitig die Qualität auch kontrolliert. Warum soll das, was im Bildungsbereich unumstritten ist, im Gesundheitswesen zu Problemen führen? Und würde die Privatisierung dem Spital tatsächlich helfen, mehr Rückstellungen für die Infrastruktur zu öffnen? Im Gegenteil! Multinationale Grossinvestoren lechzen geradewegs danach, sich die gut aufgestellten, ehemals öffentlichen Spitäler unter den Nagel zu reissen. Pro Spital versprechen sie sich 20% Rendite. Das sind Gewinne, die durch das erfolgreiche Melken des «Cash Cow Segments der lukrativen Patienten» erzielt werden, wie der Grossinvestor Antoine Huber offen zugibt. Luxusabteilungen mit Edelparkett und First Class-Hotelierservice dienen als Melkstationen und die Versorgungsqualität der breiten Bevölkerung bleibt auf der Strecke. Zu spüren bekommt das auch das Personal. So hat der Pseudowettbewerb und der Renditedruck in Deutschland dazu geführt, dass das Gehalt einer Pflegefachperson heute kaum mehr fürs Leben reicht. Zu hoffen, dass die Arbeitsbedingungen nach der Privatisierung besser werden und mehr Geld für den Bau des Kinderspitals zur Verfügung steht, ist fernab jeglicher Realität. Anstatt unser öffentliches Gesundheitssystem

in die Abhängigkeit von diesen Grossinvestoren zu treiben, müssen wir die demokratischen Einflussmöglichkeiten stärken und den verheerenden Pseudowettbewerb in die Schranken weisen. Nicht zuletzt, weil genau diese Multis derzeit hinter verschlossenen Türen daran arbeiten, mit dem TISA-Abkommen zu verhindern, dass deregulierte und privatisierte Teile des Service public je wieder unter staatliche Kontrolle gefasst werden können. Darum setzt sich der VPOD mit allen Mitteln für den Erhalt der öffentlichen Spitalversorgung ein und hat die Initiative «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern» lanciert. Damit erreichen wir mehr Kooperation zwischen den Spitalern, statt einen teuren Konkurrenzkampf zu forcieren. Davon wird neben den PatientInnen auch das Personal profitieren.

Martin Wyss

Abstimmungen

Ja, sie gehören zu uns

Am 12. Februar 2017 stimmen wir ab über die erleichterte Einbürgerung für Grosskinder von Eingewanderten. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind stark mit der Schweiz verbunden, sie sind hier zu Hause. Eine Annahme der Verfassungsänderung sollte deshalb selbstverständlich sein.

Kinder und junge Erwachsene, deren Grosseltern in die Schweiz eingewandert sind, gehören zu uns. Sie sind in der Schweiz geboren und bestens integriert. Mit der neu vorgesehenen Möglichkeit einer erleichterten Einbürgerung für diese tragen wir lediglich einer schon heute gelebten Realität Rechnung.

Mit der Abstimmung am 12. Februar über den «Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration» soll die Verfassungsgrundlage für ein bereits im National- und Ständerat verabschiedetes Gesetz geschaffen werden, das jungen Ausländerinnen und Ausländern den Weg einer erleichterten Einbürgerung ermöglicht, ähnlich wie dies bereits heute für die Ehepartnerinnen und -partner von Schweizer Staatsangehörigen möglich ist.

Das Einbürgerungsverfahren soll dabei nur vereinfacht werden: Das entsprechende Gesetz sieht weiterhin strenge Auflagen vor, was die kulturelle und sprachliche Integration sowie die finanzielle Selbstständigkeit betrifft. Einbürgerungen erfolgen weiterhin nur auf Antrag. Die antragsberechtigte Personengruppe ist stark eingegrenzt: Die Person darf nicht älter als 25 Jahre sein, muss in der Schweiz geboren sein, hierzulande mindestens fünf Jahre eine obligatorische Schule besucht haben und eine Niederlassungsbewilligung besitzen. Deren Eltern müssen ähnliche Voraussetzungen erfüllen, zudem müssen bereits deren Grosseltern ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz erworben haben. Einer neuen Studie zufolge würden 24 650 junge Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation zwischen 9 und 25 Jahren die Kriterien für eine erleichterte Einbürgerung gemäss der vom Parlament festgelegten Gesetzesbestimmung erfüllen. Sehr viele unter diesen sind italienische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, ein grösserer Anteil stammt auch aus der Türkei oder den Staaten Südosteuropas. Knapp zwei Fünftel von diesen leben in einem Kanton, der bereits heute Verfahrensvereinfachungen bei der Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation vorsieht. Auch dies zeigt, wie überfällig die vorgesehene Regelung einer erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation ist.

Johannes Gruber

Geboren in der Schweiz. Wie ihre Eltern.



Erleichterte Einbürgerung für Kinder der 3. Generation

Ja



Der Startschuss zur GAV-Forderung. Protestaktion gegen die Schliessung der LUKS-Betriebskita.